INFORMATIONS- UND NACHRICHTEN BÜRO HA5040
Bureau d'information et de renseignement 5040 Schöftland/AG
Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker
(erscheint in der Regel wöchentlich) Ausgabe 26. Nov. 2026
Erscheint auch in swissvox.news
tis.hagmann@bluemail.ch





Wochenbericht KW 48/2026

CH. 100'000 Franken aus der Winkelriedstiftung verbraten

Für eine Ja-Kampagne zu gelockerten Waffenexporten finanziert die **Winkelriedstiftung St. Gallen die Offiziersgesellschaft des Kantons St. Gallen (SOG)** mit sage und schreibe Fr. 100 000.-!!! Was hat das mit ihrem Stiftungszweck zu tun?
Die Winkelriedstiftung im Kanton Aargau hat die nachfolgenden Grundsätze konsequent angewendet: ***Unterstützung im Militärdienst verunglückter oder erkrankter Angehöriger der Armee oder deren Hinterlassenen.*** Im Kanton St. Gallen dürften sie nicht wesentlich abweichen. Und jetzt kann der geneigte Leser vergleichen mit dem «Verbraten» von Geldern wie oben beschrieben. Selbstverständlich werden sich die Angehörigen der «Elite» des Kantons St. Gallen wortreich rechtfertigen. Schliesslich lässt sich die Schiggeria im Filz der FDP nichts zu Schulden kommen! Und Ueli Maurer hat eben doch recht. Es läuft eine Säuberungsaktion. Schon seit Jahren. Dem **Vorstand der Winkelriedstiftung** Kt. St. Gallen gehören an:

Hptm M. Nägeli, **FDP**, Ortsparteipräsident, CEO der WICON AG, **Rüstungsunternehmung**
Oberst i Gst Urban Broger, ex-Helvetia GL, SOG Appenzell, FDP?
Maj Cyrill Stadler**, FDP**, Vermögensverwalter
Oblt Monika Peyer, OG SG Vorstand
Oberst Markus Bänziger, ex-OG Präsident

Und jetzt noch eine andere Sichtweise, die Sichtweise des Bürger- oder Milizsoldaten. Wer so Geld verteilt, soll also glaubwürdig sein? Wer so einseitig politische Vorhaben derart grosszügig unterstützt, kann nicht erwarten, dass das «Gesinde» ihnen im Ernstfall folgt. Das ist es, was die Angelegenheit dramatisch macht. Die Abgehobenheit eines grossen Teils der Offizierskaste ist unerträglich geworden. Und wo ist die Stiftungsaufsicht? Wo ist die Offenlegung? Wo sind die Konsequenzen und die Rückforderung von den Verantwortlichen?

CH. Luzerner Justiz (wieder einmal) auf Abwegen

In einem Gerichtsurteil in 2. Instanz wurde ein bekannter Aktivist wegen Fahren (nur) mit einer Ausweiskopie und der Warnung anderer Verkehrsteilnehmer vor einer Radarfalle, **mit Fr. 320.- gebüsst und ihm die Gerichtskosten von weit über Fr. 5 000.- auferlegt**. Daraus lernen wir: Zeichen geben, dass eine Geschwindigkeitskontrolle folgt, ist gefährlich. Die Luzerner Hermandad prüft und sieht auch das! Ebenso interessant ist, dass **nur** die Busse von Fr. 320.- mit gemeinnütziger Arbeit abgeleistet werden kann. Wenn also ein Angeklagter bereits einmal gemeinnützige Arbeit in Anspruch genommen hat oder sich danach erkundigt, kann man davon ausgehen, dass die Busse relativ tief ist, die „Kosten" der Gerichtsverwaltung aber horrend! In unserem Falle wurde die Ableistung der Busse („wohlwollend") mit **16 Std. abgeschrieben.** Das macht also pro Tag zu 8 Std. Fr. 160.- Das bedeutet also „Lauben", Wischen, Tellerwaschen, Karton kleben usw. in der geschützten Werkstatt. Fragen Sie die Verantwortlichen, wieviel sie dem Kanton für den „temporär" Angestellten weiterverrechnen…

CH/EU. Automatischer Austausch von Lohndaten international.

Der Bundesrat hat beschlossen, das **Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch betreffend Lohndaten (AIALG) per 1. Januar 2027 in Kraft zu setzen**. Er schafft damit die gesetzliche Grundlage für den Austausch von Informationen, den die Schweiz in Abkommen mit Frankreich und Italien vereinbart hat. Das

ist nichts anderes als die detaillierte Überwachung aller Daten und einheitliche Steuerpraxis bei den **Grenzgängern.** Basis bildet ein Abkommen mit Frankreich und Italien vom 2020. Man brauchte also fast 6 Jahre für die Inkraftsetzung. **Aber:** damit ist die gesetzliche Grundlage geschaffen, **generell Lohndaten automatisch auszutauschen…**

CH. Die lebenslange Witwenrente steht vor dem Aus.

Nachdem Guy Parmelin soeben 120 Millionen Dollar aus dem Fenster geworfen hat, hier eine Hiobs-Botschaft für alle Beitragszahler:
Für Generationen war es ein Versprechen. Wer als Frau ihren Ehemann verliert, wird von der AHV aufgefangen, notfalls bis ans Lebensende. Dieses Versprechen soll nun fallen. Nach dem Nationalrat will auch die Sozialkommission des Ständerats die lebenslange Witwenrente abschaffen. Für viele Frauen fühlt sich das an wie eine Ohrfeige. Die die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) gab ihre ersten Entscheide bekannt. Neu soll ein Elternteil eine Rente erhalten, wenn der andere Elternteil stirbt und die *gemeinsamen* Kinder jünger als 25 Jahre alt sind. Wer vor der Pension verwitwet und keine Kinder unter 25 mehr hat, soll nur noch **zwei Jahre lang eine Übergangsrente** erhalten. Dann ist Schluss.
Am härtesten trifft die Reform Frauen, die ihren Mann im mittleren Alter verlieren und keine jungen Kinder mehr haben. Heute würden sie eine Rente bis zum Lebensende erhalten. Künftig wären es noch zwei oder drei Jahre. Danach sind sie auf sich gestellt, und das oft nach Jahrzehnten mit Teilzeitarbeit oder Familienarbeit und entsprechend kleiner eigener Altersvorsorge. Für diesen Fall gibt es ein Sicherheitsnetz, und zwar ab 58 Jahren. Wer durch den Tod des Partners armutsgefährdet ist, soll Ergänzungsleistungen erhalten. Die sind aber an Bedürftigkeit geknüpft. Wer etwas gespart hat, geht leer aus. Wer also in einem EFH wohnt, das gemeinsam erworben wurde, geht leer aus. **Warten wir das Differenzbereinigungsverfahren** ab. Das letzte Wort dürfte wahrscheinlich das Volk haben.

EU/CH. Bücherzensur im Anmarsch

Kaufen, solange noch erhältlich! Bei div. Buchhändlern ***noch*** im Angebot! Der britisch-italienische Journalist und Autor **Thomas Fazi** hat mit «**Die Brüsseler Tyrannei» oder «Der diskrete Staatsstreich»** (Westend Verlag) eine Gegen-Geschichte der Europäischen Union vorgelegt. In einem ausführlichen Gespräch in den **NachDenkSeiten** entwirft er kein Bild einer ursprünglich gut gemeinten Integration, die irgendwann aus dem Ruder gelaufen ist. Stattdessen argumentiert er, die EU sei **von Beginn an ein politisches Elitenprojekt gewesen**: dazu gedacht, die Massendemokratie zu entmachten, Macht auf die supranationale Ebene zu verlagern und Europa der transatlantischen Ordnung unterzuordnen. Die bisherige Entwicklungsgeschichte gibt ihm Recht.

CH. Der Ukraine-Sumpf

Die Schweizer Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wohin ihre Steuergelder fliessen, welche wirtschaftlichen Interessen damit unterstützt werden und weshalb **zusätzliche Steuern tatsächlich notwendig sein sollen.** Fünf Milliarden für die Ukraine, höhere Steuern für die Schweizer: Der Bundesrat kennt die Korruptionsrisiken – und zahlt trotzdem! Während der Bundesrat von der Schweizer Bevölkerung höhere Steuern für die «Sicherheit» verlangt, verpflichtet er sich gleichzeitig zu einem milliardenschweren Engagement in der Ukraine. Ein Blick in das off. Länderprogramm zeigt: **nur ein Teil der Gelder ist ausdrücklich für Projekte mit Schweizer Unternehmen reserviert**. Die übrigen Mittel fliessen in internationale Zusammenarbeit, Reformen, staatliche Strukturen und den Wiederaufbau. Besonders brisant: Der Bundesrat bezeichnet Korruption in der Ukraine selbst als institutionelles Risiko und arbeitet bei der Koordination eng mit den USA und mehreren NATO-Staaten zusammen. Über die grassierende Korruption haben wir mehrmals berichtet.
Am 9. Oktober 2026 trat ein neues Abkommen zwischen der Schweiz und der Ukraine in Kraft. Die offizielle Mitteilung tönt banal: Schweizer Unternehmen sollen stärker am Wiederaufbau der ukrainischen Infrastruktur und Wirtschaft beteiligt werden. Um was geht es da genau? Wahrscheinlich hat wiederum kaum ein Parlamentarier die Dokumente gelesen. Wie üblich! Der Bundesrat plant, zwischen 2025 und 2036 insgesamt **fünf Milliarden Franken** für die Unterstützung und den Wiederaufbau der Ukraine einzusetzen. Gleichzeitig will dieselbe

Landesregierung die Mehrwertsteuer erhöhen, um zusätzliche Rüstungsausgaben zu finanzieren. **Aber: Fünf Milliarden Franken – aber nur 500 Millionen ausdrücklich für Schweizer Unternehmen!**

Das off. **Länderprogramm für die Ukraine 2025–2028** zeigt, wie die erste Phase finanziert werden soll. Die Aufteilung ist bemerkenswert:

Verwendungszweck	**Betrag**
Entwicklungszusammenarbeit (DEZA)	**836 Mio. Franken**
Frieden und Menschenrechte	**24 Mio.**
Massnahmen für den Schweizer Privatsektor	**500 Mio.**
Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit	**140Mio.**
Total	**1,5 Mia. Franken**

Damit sind lediglich 500 Millionen Franken ausdrücklich für Massnahmen vorgesehen, die sich gezielt an Schweizer Unternehmen richten. Das entspricht einem Drittel der ersten Phase – und gerade einmal zehn Prozent der langfristig vorgesehenen fünf Milliarden Franken. Und es folgt noch mehr, nach dem Willen des Bundesrates: Für die **zweite Phase von 2029 bis 2036** ist die detaillierte Mittelverwendung noch nicht festgelegt. Auch die übrigen Mittel können teilweise Schweizer Unternehmen oder Organisationen zugutekommen. Sie sind jedoch nicht ausdrücklich für die Förderung des Schweizer Privatsektors reserviert. Der entscheidende Punkt bleibt: Der Bundesrat geht langfristige finanzielle Verpflichtungen ein, deren vollständige Finanzierung in keiner Weise geregelt ist. Eine **einfache Frage sei hier erlaubt: kommen diese Summen auch zur «Versendung», wenn dereinst die Russen das Sagen haben (werden)!?** Besonders kritisch wird diese Politik im Zusammenhang mit den Steuerplänen des Bundesrates: **für die Ukraine Milliarden – für die Schweizer eine höhere Mehrwertsteuer.** Er hält weiter an einem zwölfjährigen Ukraine-Programm für über fünf Milliarden Franken fest.

Zu Stirnrunzeln führt auch die internationale Koordination der Ukraine-Hilfe. Die Schweiz gehört zusammen mit den **USA, der EU, Grossbritannien, Deutschland, Kanada und Schweden** einer informellen Kerngruppe von Geldgebern in Kiew an. Dabei handelt es sich bei den genannten westlichen Partnerstaaten um NATO-Mitglieder. Und die anderen Staaten… Das bedeutet nicht, dass die Schweizer Hilfsgelder unmittelbar durch die NATO verwaltet werden. **Es zeigt aber, dass die neutrale Schweiz ihre Ukraine-Politik eng mit Staaten koordiniert, die zugleich das westliche Militärbündnis tragen.** Hinzu kommt die sogenannte **Ukraine Donor Platform**. Diese wurde 2023 auf Grundlage eines Beschlusses der G7 eingerichtet. Ihr Steuerungsausschuss steht unter dem gemeinsamen Vorsitz der Ukraine, der USA und der Europäischen Kommission. Die Schweiz ist seit April 2024 als Beobachterin beteiligt. eng die Schweiz inzwischen in die westliche Ukraine-Strategie eingebunden ist. Weiter: **Schweizer Steuergelder sichern auch private Geschäftsinteressen ab. Die staatlich abgesicherte Korruption.**
Das Länderprogramm sieht zusätzlich vor, private Investitionen gegen Risiken abzusichern. Dazu gehören Garantien, Exportversicherungen und internationale Mechanismen zur Risikominderung. Weil Banken und Versicherungen bei Geschäften mit UA schlicht nicht mitmachen! **Der Steuerzahler soll also das wirtschaftliche Risiko tragen?!** Und wer trägt die Verantwortung? Niemand. Und wer kontrolliert die Regierung? Ein Parlament, das die Abkommen nicht lesen kann oder will!? Dass die beschriebenen Kontrollinstanzen an ausl. Firmen ausgelagert ist, sei nur beiläufig erwähnt. Die sahnen auch ab. **Deshalb keine Erhöhung der Misswirtschaftssteuer. Und keine Parlamentarier, die zur Ukraine-Lobby gehören, auch nicht in Regierungsräten. Quellen:**

- **WBF: Abkommen mit der Ukraine für den Wiederaufbau in Kraft getreten, 9. Oktober 2026**
- **EDA: Länderprogramm Ukraine 2025–2028 und Fünf-Milliarden-Engagement**
- **SECO: Einbindung des Schweizer Privatsektors in den Wiederaufbau**
- **Schweizer Parlament: Beratungen zum Wiederaufbauabkommen**

CH/RU. Der geplante Diebstahl der EU

Nur die Reichen können die Schweiz mit ihrem Vermögen verlassen. Die andern müssen ihr Geld zurück in die Schweiz nehmen. Die EU entscheidet aufgrund einer neuen Richtlinie, wo Dein Geld liegen darf!!! Girokonto, Festgeldkonto, Kredite: **Kernbankdienstleistungen gibt es für EU-Bürger nur noch innerhalb der EU.** Der neue Artikel 21c der Richtlinie (EU)

2024/1619, bekannt als CRD VI (Capital Requirements Directive VI), legt fest, dass Banken ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) ihre Dienste an EU-Ansässige nur noch anbieten dürfen, wenn sie in genau dem Mitgliedstaat des Kunden eine zugelassene Zweigstelle unterhalten.
Es ist also kein direktes Verbot an die Bürger, doch kommt es über eine **Pflicht für die Geldinstitute auf dasselbe Ergebnis**: Viele Drittstaatenbanken (Schweiz, Singapur, Dubai oder Konten in Steueroasen) werden EU-Kunden kündigen oder gar nicht erst annehmen, weil der Aufbau einer Zweigstelle pro Land (mit Kapital-, Liquiditäts- und Governance-Anforderungen) unwirtschaftlich ist. Dieser Gauner-Organisation sollen wir beitreten?!
https://tkp.at/2026/08/25/eu-entscheidet-wo-dein-geld-liegen-darf/

EU. Gesinnungsterror

Der britische Autor und Regierungskritiker **David Icke** darf nach eigenen Angaben für weitere zwei Jahre **nicht in den Schengen-Raum einreisen**. Damit verlängert sich sein seit 2022 bestehender Ausschluss (auf Heimreise!) auf insgesamt sechs Jahre. Die niederländischen Behörden begründen die Massnahme mit einer «möglichen Gefährdung der öffentlichen Ordnung» durch seine Äusserungen. **Also kein strafrechtlicher Tatbestand!**
Es ist bereits die zweite Verlängerung seit November 2022. Da die Niederlande den Briten im **Schengener Informationssystem(!)** als unerwünschte Person führen, betrifft die willkürliche Massnahme nicht nur die Niederlande, sondern den gesamten Schengen-Raum mit rund 30 Ländern. Grund: seine kritischen und staatskritischen Bemerkungen in der Öffentlichkeit. Nach seiner Darstellung sei ihm zudem klargemacht worden, dass sein Ausschluss auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden könne, **solange er seine Ansichten nicht ändere**. Einfacher: wir warten Deine Gehirnwäsche ab. Das ist keine strafrechtliche Verurteilung, sondern eine willkürliche **Einschätzung der NL-Gestapo.** Absurd. Gesinnungstyrannei.

CH/RU. Was haben die Sanktionen gebracht?

Am Beispiel der Produktion von Ural-Motorrädern. Aufgrund des Krieges sind die Logistikketten des Irbiter Werkes für Ural-Motorräder vernichtet worden. Die Marke Ural ist von den irrsinnigen Sanktionen ebenfalls betroffen. Ural hat deshalb entschieden, die **Montage nach Kasachstan zu verlegen**, in die Stadt Petropawlowsk, 600 Kilometer von Irbit und etwa 100 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Der grösste Teil der Ural-Motorräder geht in westliche Länder, darunter auch in die USA! Ural ist eben nicht nur einfach ein «Töff» mit Seitenwagen, sondern ein Motorrad mit seiner eigenen Geschichte und einer sagenhaften Robustheit. Fazit: Das Ural-Motorrad kann nun als «Made in Kasachstan» importiert werden…

D. Korruption und Arroganz sind nicht mehr zu überbieten

Am 1. Dezember erhält Kriegsherr und Bettlerkönig **Selenskji in Hessen die «Wilhelm-Leuschner-Medaille 2026»!** Das ist die höchste Auszeichnung des Landes Hessen. Die Geschmacklosigkeit ist grenzenlos! Die geistlose Begründung der Landesregierung von Hessen: für seine *«diplomatischen Bemühungen und die Schärfung des Bewusstseins für die europäische Wertegemeinschaft».* **Geschmackloser und geschmierter geht's nicht mehr**.
Und wer ist in Hessen ansässig? Auszug aus der Liste der Kriegsgewinnler:

- **Rheinmetall** Landsystems an mehreren Standorten
- **KNDS** in Kassel
- **Dedrone** in Kassel-Bettenhausen
- **HIL-GmbH**, Unternehmung für Panzerinstandsetzung
- Diverse Unternehmungen in den Bereichen **Dual-use und Waffensystem-IT**

Zusammenfassung: die Hauptlieferanten an Kriegsmaterial haben die Landesregierung «freundlich eingeladen»… Man kennt sich…, die «supply chain» läuft wie geschmiert…

CH. Flugpassagierdatengesetzes

Der Bundesrat hat per 1. Nov. 2026 die Inkraftsetzung des Flugpassagierdatengesetzes beschlossen. Wir haben über die Möglichkeiten des Gebrauchs und Missbrauchs eingehend berichtet. **So wie die Gestapo in Deutschland bereits heute Fliegen einschränken kann, wird es auch bei uns sein. Wer der Obrigkeit nicht passt und kritisch denkt, wird sanktiopniert.** Wird mit diesem Gesetz quasi eingesperrt und kann das Land nicht mehr verlassen. Und zwar Ein- und Ausflug! Siehe Col. Baud, Thomas Röper, Alina Lipp usw.

CH. Neu-Organisation von Kommissionen beim Bund: Wussten Sie, wie bisher das Geld verjubelt wurde…

Aufgaben, Zweck und Zusammensetzung von ausserparlamentarischen Kommissionen (APK) werden alle 4 Jahre festgelegt. Nach einer Vernehmlassung hat der BR eine Neuordnung der APK angeordnet. Soweit der administrative Teil. Nichts, das einen Bürger vom Stuhl reissen würde. Aber es können mit der Neuordnung ca. Fr. 100 000.- pro Jahr eingespart werden. Damit stossen wir auf die **Auflösung von drei Kommissionen**, die offensichtlich (schon länger) überflüssig waren. Es sind dies:

- Die Kommission für die Vermittlung schweizerischer Bildung im Ausland(!)
- Die Kommission für Konsumentenfragen
- Die Kommission für Wohnungswesen

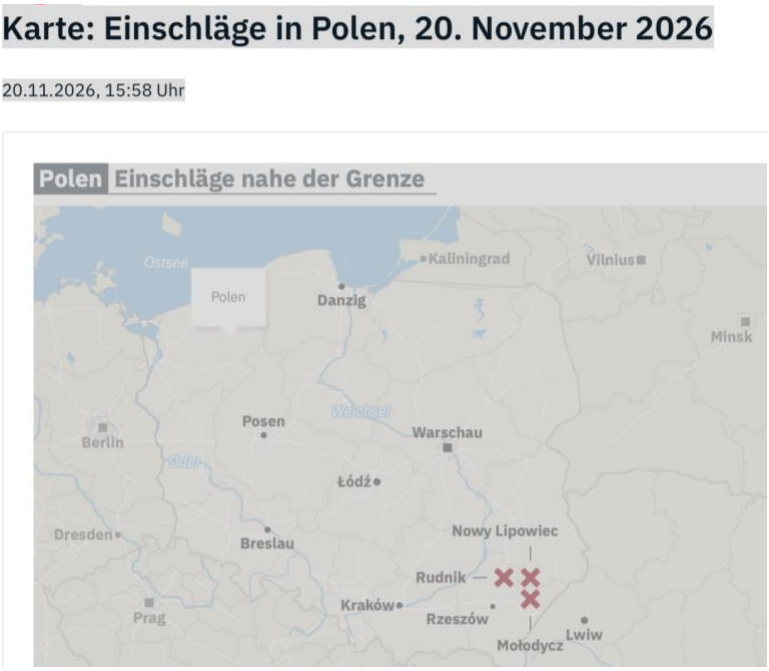
Weiter wurden (im Wildwuchs der «Kommissionitis») **sieben Kommissionen auf deren zwei reduziert bzw. fusioniert.** Es sind dies neu in einer Kommission:

Die Prüfungskommissionen für Chiropraktik, Veterinärmedizin, für Zahnmedizin, für Humanmedizin, für Pharmazie, die neu in der Kommission der universitären Medizinalberufe vereinigt werden…

Dann wird eine Arbeitskommission des Bundes geschaffen, die bisher aus den Kommissionen für Arbeit und der Tripartiten Kommission im Rahmen der flankierenden Massnahmen geschaffen wird. Unter Beibehaltung der Anzahl Mitglieder, alle Politiker haben den Überblick…

CH. Steigerung der Effizienz in der Bundesverwaltung

Glauben Sie das? Der Bundesrat hat den Bericht **«Effizienzsteigerung von Verwaltungsprozessen durch Prozessautomatisierung und künstliche Intelligenz»** in Erfüllung des *Postulats 24.3582 Silberschmidt* verabschiedet. Der Bericht legt die Leitlinien fest für den **effizienteren Einsatz von künstlicher Intelligenz und Prozessautomatisierung in der Bundesverwaltung.** Ziel ist es, Verfahren zu vereinfachen, die Arbeit zu beschleunigen und die verfügbaren Ressourcen effizienter zu nutzen. **Ja genau, Herr Silberschmidt, wir warten (mit unendlicher) Geduld auf die bahnbrechenden Erfolgsmeldungen.**



PL. Wieder eine Lügengeschichte. Die polnischen Medien berichten, dass Trümmerteile eines Ch-101-Marschflugkörpers sichergestellt worden seien. Die Einschläge wurden nahe den Ortschaften **Rudnik, Nowy Lipowiec und Molodycz** gemeldet. Das ist im Süden, nahe der Grenze zur Ukraine. Und die Beweise? Einwohner berichten von einem lauten Knall, dann haben «Sicherheitskräfte» Rauch im Wald gesehen. Aber Trümmerteile oder Flugbahnen usw.

liegen (wie immer) nicht vor. Natürlich kommt die polnische Regierung (in Absprache mit der Nato) und verweist auf die Nähe des stattfindenden Nato Manövers. Sofort wird der Krisenstab einberufen. Im Fernsehen wird das Grossaufgebot von Feuerwehr und Polizei gezeigt. Und weil Ende Juli «ein Flugobjekt» in den polnischen Luftraum eingedrungen sei, wissen die Bedrückten sofort, dass es sich um eine Lenkwaffe des Typs CH-101 gehandelt hat. **Beweise? Nichts**! Aber am 21.11.2026 war der oberste Kriegsherr der Nato, **Rutte**, bereits in Polen und gab seine Version der Dramatik bekannt. Auch er wusste, kaum 24 Std. nach dem Vorfall, was da abgestürzt ist. **Keine Ermittlungen, keine Resultate, nichts.** Und jetzt noch einen militärischen Aspekt: es macht keinen Sinn, dass Russland drei Lenkwaffen in die Pampas Südpolens fliegen lässt. Ausgerechnet in der Nähe der laufenden Truppenübungen der Nato? Nein, die Russen lassen sich nicht mit drei Raketen in einen Krieg ziehen. Wer das verkennt, kennt weder die Russische Mentalität, noch Einsatzgrundsätze und schon gar nicht die Absichten. **Auch in diesem «Fall» wollen die Kriegstreiber mit einer Provokation den Krieg beginnen. Wie schon einmal in Polen.**

CH. Das Zeitalter der Kommunikation

Was ist denn die letzten 20 Jahre in Sachen Kommunikation besser geworden? Die Krankenkasse Helsana teilt mit, dass die Banken(!) **per 1. September 2028 das System «LSV – Lastschriftverfahren» einstellen**. Nicht die Banken, nicht die Versicherer teilen das mit, aber die «Krankenkässeler». Im Gleichschritt der Banken und Krankenkassen. Wie der Kunde das Problem löst, interessiert die Schiggeria nicht. Hauptsache der Helsana Chef kassiert ein «Gehalt» von «einer Kiste»! Ganz genau: **Gesamtvergütung:** Fr. 996'029.- (gem. Geschäftsbericht); im Vorjahr waren es noch Fr. 795 726.- zuzüglich Spesen…

D. Nachtrag Hanning: Die andere Seite.

Der ehemalige BND-Chef Hanning sitz immer noch in U-Haft. Man kann darüber diskutieren, was es bringt einen über 80 Jährigen in den Kerker zu werfen. Zudem sind die vorgeworfenen Tatbestände teilweise an den Haaren herbeigezogen aber bei der deutschen Stasi und Gerichtsbarkeit ist alles möglich. Hanning war nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst im Jahr 2009 in verschiedenen privaten Sicherheits-, Beratungs- und Finanzunternehmen aktiv. Zu seinen geschäftlichen Aktivitäten, Firmenbeteiligungen und Mandaten gehören:

- **Hanning Consult**: das ist seine eigene private Beratungsfirma, über die er Beratungsleistungen im Bereich der Sicherheits- und Geopolitik anbot und die zeitweise über ein beträchtliches Eigenkapital verfügte. Das hat sicher steuerrechtliche Gründe; bei andern Beamten gab es zu Beginn der Rente eine 3jährige Beschäftigungssperre…
- **G3 (Good Governance Group)**: bei diesem internationalen Beratungs- und Sicherheitsunternehmen mit Hauptsitz in London war Hanning als Experte und strategischer Berater aktiv, unter anderem als *Russia Chief* (Verantwortlicher für das Russland-Geschäft). Das liegt auf der Hand, denn er hatte ja gute Gesprächspartner im Osten. Dass er von seinem Wissen Gebrauch machte, ist ja klar. Wer hat es denn sonst?
- **System 360 AG**: Ein privates Sicherheits- und Beratungsunternehmen, bei dem Hanning im Vorstand bzw. als Mitglied der Geschäftsführung (*Exec*) tätig war. Das ist eine Diversifikation.
- **Pluteos AG**: Ein Finanz- und Beratungsdienstleister, bei dem Hanning als Präsident fungierte. Wahrscheinlich um die Erträge der andern Firmen zu verwalten
- **PNB Banka (ehemals Norvik Banka)**: Hanning sass im Aufsichtsrat dieser lettischen Bank. Das Geldinstitut geriet 2019 in Insolvenz, weil die EZB die Bankenlizenz entzog. Im Jahr 2021 wurden Schadensersatzforderungen in Millionenhöhe gegen ehemalige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder (darunter auch Hanning) erhoben.

Aktueller Kontext:

Dieses private Firmen- und Beziehungsgeflecht steht im Fokus der Ermittlungen, nachdem Hanning im Oktober 2026 wegen des Verdachts auf **Spionage und Landesverrat festgenommen** wurde. Die Bundesanwaltschaft wirft ihm vor, **jahrelang vertrauliche BND-Dokumente über einen Insider beschafft zu haben**, um diese mutmasslich über seine privaten Sicherheitsanalysen gewinnbringend an ausländische Akteure (unter anderem Aserbaidschan) zu verkaufen. Ist nicht von der Hand zu weisen. Das ist auch in der CH

üblich… Interessant ist die Tatsache, dass dieser Insider nicht Gegenstand der Ermittlungen sein soll. Eine dubiose Angelegenheit – auch von Seiten der Behörden!

Werbung

Samstag, 28. November 2026	**Dienstag, 29. Dezember 2026**
Mit 10m Laser-Pistolenschiessen &	
Pizza / Käseschnitte aus der Militärbäckerei	Suppe mit Spatz
10.00 – 16.00 Uhr	10.00 – 16.00 Uhr





Vom 1. November 2026 bis zum 31. Mai 2027 findet in der Militärsammlung Meisterschwanden eine Sonderausstellung zum Thema «Brieftauben» statt.
Wir stellen den ehemaligen Dienstzweig **«Brieftauben** in der Schweizer Armee» vor. Zusätzlich informieren wir über ein interessantes Projekt, welches in den Dreissigerjahren im Aargau entwickelt, jedoch nie realisiert wurde: **Die Brieftaubenkamera**.

Werbung

Das Suworow Museum ist neu in Schwanden GL. Siehe www.1799.ch

CH. Die Untätigen

Was macht eigentlich **Botschafter Pitteloud?** In Brüssel bei der EU die Schweiz kleinmachen und den NATO Anschluss suchen. Dabei hätte er es in den Händen, etwas für den verratenen **Baud** zu machen. Aber weit gefehlt, er zieht sogar gegen den Rafael Lutz, weil dieser sich in seinem Buch getraute, das **faule und korrupte NATO Netzwerk in der Schweiz** anzuprangern. Und jetzt schauen wir uns die Lohntabelle der Botschafts-Anwesenden (nicht Tätigen!) an.
Die Bundeslohntabelle 2026 nennt diese Höchstbeträge pro Jahr:

- **Diplomatischer Einstieg (Lohnklasse 20):** 131'870 Franken
- **Konsularische Fachperson (Lohnklassen 22–24):**142'832 bis 158'954 Franken
- **Mittleres Kader (Lohnklassen 28–30):** 192'316 bis 216'611 Franken
- **Botschafterin oder Botschafter (ab Lohnklasse 34): ab 276'303 Franken** (mind.)

Fast hätten wir es vergessen: Auslandzulage, Standortzulage, Kaufkraftergänzungszulage, Spesen, Mietzuschüsse und einmal pro Jahr einen Rückflug in die CH usw. nebst weiteren Goodies kommen noch hinzu und machen gem. Insidern 20-30% des Gehaltes aus. Also «zieht» **Monsieur Pitteloud ca. 350 000.- «Kröten» pro Jahr**. Nicht schlecht, für's Nichtstun.

A. Das sind Geschäfte!

Das österreichische Bundesheer beschafft 300 neue Pik-ups der Marke Mitsubishi L200. Kostenpunkt 60 Mio. Euro. Sicher ein sehr gutes Fahrzeug. Beste Erfahrungen. Das Stück kostet also 200 000Teuro! Vergleiche: die zivile Version L200 TOP kostet in. der Basis-Version ca. € 50 000.-. Nehmen wir noch Speziallackierung, Gewehr-, Gepäck- und Funkgerätehalterungen, Dachträger, AHK usw. dazu, so kommen wir auf ca. € 65 000.- Und - wo bleibt der Rest?

Tis Hagmann, Schreib-, Hand- und Mundwerker,
Informations- und Nachrichtenbüro Ha5040 - Der nächste Wochenbericht: KW 49